

## Deutsche Investoren in Kroatien kritisierten die Rahmenbedingungen

Konjunkturumfrage der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer / Von Waldemar Lichter

**Zagreb (GTAI) - Kroatien hat als Investitionsziel nach Einschätzung deutscher Unternehmen weiter an Anziehungskraft eingebüßt. Schlechtere Geschäfte erwarten die Investoren aber nicht.**

25.04.2019

Die wirtschaftliche Lage in Kroatien wird von deutschen Unternehmen überwiegend als schlecht bewertet. Das hat die Anfang 2019 von der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer (AHK Kroatien) unter ihren Mitgliedsunternehmen durchgeführte Konjunkturumfrage ergeben. Als gut wurde die Situation von nur 7, als befriedigend von 32 Prozent der Befragten bewertet. Das ist schlechter als im Vorjahr, aber deutlich besser als etwa 2014. Damals beurteilten 10 Prozent der Befragten die Lage mit befriedigend, 90 Prozent sagten, die Lage sei schlecht.

Ungeachtet der insgesamt schlechten Bewertung der wirtschaftlichen Situation fällt die Einschätzung der Geschäftslage des eigenen Unternehmens in Kroatien deutlich besser aus. Als gut wurde diese von 26, als befriedigend von 60 und als schlecht nur von 14 Prozent bezeichnet. Rund 42 (Vorjahr: 57) Prozent der Firmen erwarten für 2019 eine Verbesserung der eigenen Geschäftssituation, eine Verschlechterung nur 12 (3) Prozent.

Zu den größten Risikofaktoren für 2019 gehören nach Einschätzung der befragten Manager neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem der Fachkräftemangel, Probleme bei der Rechtssicherheit und steigende Arbeitskosten. Als nachteilig werden ferner die ungenügende Bekämpfung der Korruption, die hohe Steuerbelastung sowie die Arbeit der öffentlichen Verwaltung und der Steuerbehörden empfunden.

### Investitionsstandort büßt an Attraktivität ein

Auch die Bilanz der kroatischen Regierung wird überwiegend negativ bewertet. Fast 70 Prozent der Befragten bezeichneten ihre Arbeit und deren Ergebnisse als schlecht. "Die Umfrage zeigt jedoch auch, dass es durchaus gute Gründe für eine Investition in Kroatien gibt", sagt Thomas Sichla, Präsident der AHK Kroatien. Dazu zählten nach seinen Worten vor allem die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU), die gute Qualifikation und hervorragende akademische Ausbildung der Arbeitnehmer, deren Produktivität und Leistungsbereitschaft sowie die gute Infrastruktur.

Die Bewertung von Kroatien als Investitionsstandort trübt sich ein. Gründe dafür seien ausbleibende, aber dringend notwendige Reformen, meint Sichla. Auf die Frage nach ihrer Loyalität zu dem Land sagten 2019 nur noch 54 Prozent der Unternehmen aus, dass sie Kroatien wieder als bevorzugten Investitionsstandort wählen würden. Fünf Jahre davor waren es noch 81 Prozent gewesen.

Aller Kritik zum Trotz: Im Vergleich zu den anderen Staaten in Mittel- und Osteuropa ist und bleibt Kroatien als Investitionsstandort relativ beliebt: Unter zwanzig bewerteten Ländern der Region belegte Kroatien als Investitionsziel 2019 wie in den Vorjahren den achten Rang. Damit wird das jüngste EU-Mitglied besser bewertet als etwa Ungarn oder Rumänien, aber schlechter als die baltischen Republiken, Tschechien, Polen, Slowakei und Slowenien. Insbesondere im Vergleich zu den Nachbarländern schlägt sich Kroatien weiterhin gut, sagt AHK-Geschäftsführer Sven Thorsten Potthoff.

## Kontaktadresse

Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer

Ansprechpartner: Sven Thorsten Potthoff (Geschäftsführer)

Strojarska cesta 22/11 10000 Zagreb, Kroatien

T. +385 (1) 63 11 600

F. +385 (1) 63 11 630

[info@ahk.hr](mailto:info@ahk.hr) , [sven.potthoff@ahk.hr](mailto:sven.potthoff@ahk.hr) 

<https://kroatien.ahk.de> 

Weitere Informationen zu Kroatien finden Sie unter <http://www.gtai.de/Kroatien>

## Mehr zu:

Kroatien

FDI

Wirtschaftsumfeld

## Kontakt

Inge Kozel

Wirtschaftsexpertin

 +49 30 200 099 365

 [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.